



Man stelle sich das einmal vor: Jahrzehntelang sickern giftige Chemikalien in den Boden, ins Wasser, gelangen in die Körper von Menschen – und am Ende sollen wir überrascht sein. Bestürzt. Betroffen. Vielleicht sogar dankbar dafür, dass es *Grenzwerte* gibt. Grenzwerte für Gifte, die eigentlich gar nicht existieren dürften. Willkommen im absurden Theater des industriellen Gewissens.

Fast 200 Bürgerinnen und Bürger aus dem Raum Lyon ziehen vor Gericht, weil ihre Umwelt – ihr Lebensraum – systematisch vergiftet wurde. Und plötzlich reden wir wieder von „Einzelfällen“, von „komplexen Sachverhalten“, von „wissenschaftlich noch nicht abschließend bewerteten Risiken“. Das ist jene Sprache, die immer dann aus den Vorstandsetagen und Kommunikationsabteilungen kriecht, wenn die Fakten längst nicht mehr zu leugnen sind, die Verantwortung aber bitte irgendwo zwischen Gutachten, Zuständigkeiten und Zeitablauf verdampfen soll.

Die betroffenen Stoffe heißen PFAS – „Ewigkeitschemikalien“. Ein treffender Name, übrigens. Nicht nur, weil sie sich in der Natur praktisch nicht abbauen, sondern auch, weil die Verantwortung für ihren Einsatz offenbar ewig weitergereicht werden kann. An die Politik. An frühere Betreiber. An „damalige Standards“. An alles und jeden – nur nicht an diejenigen, die jahrzehntelang daran verdient haben.

Was hier besonders zynisch wirkt: Die Gewinne aus dieser Industrie waren stets sehr real, sehr konkret, sehr kurzfristig. Die Schäden hingegen sind diffus, langfristig, schwer zu beziffern – und damit, so scheint es, gesellschaftlich erstaunlich gut erträglich. Krebsrisiken? Hormonstörungen? Verseuchte Gärten und Grundwasservorkommen? Bedauerlich, sicher. Aber haben Sie schon die Quartalszahlen gesehen?

Der Sarkasmus drängt sich auf, weil die Empörung allein offenbar nicht mehr reicht. Wie oft haben wir dieses Muster gesehen? Erst wird produziert, dann beschwichtigt, dann relativiert. Und wenn es gar nicht mehr anders geht, wird bedauert – natürlich ohne Schuldeingeständnis. Verantwortung ja, Schuld nein. Das ist der moralische Spagat einer Wirtschaftslogik, die Schäden als Kollateraleffekte verbucht und Menschen als statistische Größe behandelt.

Dass Bürger nun den Rechtsweg beschreiten müssen, um überhaupt gehört zu werden, ist ein Armutszeugnis. Für die Industrie, aber auch für einen Staat, der allzu oft zusieht, reguliert, mahnt – und doch zulässt. Denn eines muss klar sein: Ohne politische Duldung, ohne lasche Kontrollen, ohne das ewige Mantra der „Standortsicherung“ wäre diese Art von Umweltzerstörung nicht möglich.



Kommentar: Skrupelloses Gewinnstreben zu Lasten der Menschen –
das muss endlich aufhören!

Die Klage aus Lyon ist deshalb mehr als ein juristisches Verfahren. Sie ist ein Aufschrei. Und sie stellt eine unbequeme Frage: Wie viel Vergiftung sind wir bereit zu akzeptieren, solange sie profitabel ist? Wie viele Erkrankte braucht es, bis aus „wirtschaftlicher Notwendigkeit“ endlich moralischer Bankrott wird?

Skrupelloses Gewinnstreben zu Lasten der Menschen – ja, genau das ist es. Und nein, das ist kein Betriebsunfall des Systems. Es *ist* das System, solange Gewinne privatisiert und Schäden sozialisiert werden. Wer jetzt noch von bedauerlichen Ausnahmen spricht, hat entweder nichts verstanden – oder sehr gut verstanden, wie lange man damit durchkommt.

Vielleicht ist es Zeit, dieses Spiel zu beenden. Nicht mit wohlklingenden Versprechen. Sondern mit echter Haftung, klaren Verboten und der einfachen, radikalen Idee, dass das Recht auf Gesundheit mehr wert ist als jede Bilanz. Alles andere ist – verzeihen Sie den Sarkasmus – schlicht toxisch.

Ein Kommentar von Daniel Ivers